

Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erkheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigelaltene Petitzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Zeitungsregister.

Arbeitslos.

Seit Wochen schon lauf ich vergeblich umher,
Um Arbeit, um Brot zu bekommen,
Erit voller Hoffnung, doch mehr und mehr
Ward mir auch diese genommen.
Denn überall wohin ich kam
Fand stets ich viel Leidensgefährten,
Die alle gleich mir, durch Sorge und Gram
Verzweifelt, um Arbeit begehren.

Entläßt mich mein Weib mit thranendem Blick
Des Morgens und hofft, daß ich wieder
Erfolgreich läme vom Suchen zurück,
So drückt die Verzweiflung mich nieder.
Wenn ich dann durchs Troren komme nach Haus
Und strecken die hungernden Kleinen
Nach Nahrung verlangend, die Händchen aus,
Dann möcht' ich verzagen und weinen.

Zwar hab' ich geschafft stets von Früh bis zur Nacht,
Doch reichte der Lohn knapp zum Leben;
Die Arbeit hat Nutzen nur Jenem gebracht,
Dem Wohlstand und Macht schon gegeben.
Und während ich mit Kind und Weib
Trotz allem Fleiß nun darben muß,
Sorgt Jener nur für seinen Zeitvertreib
Und lebt in Freuden und Ueberfluß.

Doch warum bin ich denn des Andern Knecht?
Ich habe genug nun gelitten!
Die Arbeit ist aller Menschen Recht
Wir brauchen darum nicht zu bitten.
Drum Leidensgenossen schließt Euch zusammen,
Vergeßt Eure Sorge und Noth;
Zum Himmel empor, gleich lodern den Flammen,
Ertöne der Ruf: „Gebt uns Brot!“

Otto Voit.

Mittheilungen des Verbands- Vorstandes.

Hannover. Die Adresse des derzeitigen Vorsitzenden ist: Bernhard Meute, Schaafelbergstraße 4a IV. Alle Sendungen sind nur an diesen zu richten.

Bremen. Die Adresse des Ortsleiters ist: J. Warner, Voltmarshausen 343. Die Mitglieder werden ersucht, Beiträge nur an Genannten zu entrichten.

Berichtigung.

Dem diesjährigen Jahresbericht sind folgende Druckfehler unterlaufen: Unter Uebersicht der Ausgaben, Verwaltungskosten der Zahlstellen, ist angegeben: Berlin, Zahlstelle II, Gesamtausgabe 698,75, es muß heißen 698,95 M. Ferner heißt es bei demselben Konto, Gesamtausgabe 4. Quartal: 557,06 M., es muß heißen: 457,06 M.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Carl Wittig, Vorsitzender
Berlin, Raufiger-Platz 12, b. Stephan.

Die Arbeitslosigkeit.

Mit wichtigem Flügelgeschlage naht der Winter und mit ihm mit Riesenschritten das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Seit einem Jahrzehnt hat die gesamte Arbeiterschaft noch keinem Winter mit so bangen Gefühlen entgegenzugehen, als dem kommenden, der, wenn nicht alle Zeichen trügen, das Heer der Arbeitslosen verdoppeln, vielleicht verdreifachen wird. Derjenige, welcher sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt und die Schwankungen des Arbeitsmarktes beobachtet, wird sich der Ansicht nicht verschließen können, daß wir einer traurigen Zeit entgegengehen, ebenso wird derjenige, der selbst schon die Gefahren

der Arbeitslosigkeit an seinem eigenen Leibe resp. Magen erprobt, die Gefühle seines arbeitslosen Kameraden mit empfinden.

Es sind nicht die Arbeiter in des Wortes engerem Sinne allein, unter denen die wirtschaftliche Krisis ihre Opfer fordert, auch der kleinere und mittlere Gewerbetreibende, bis hinauf zum Kaufmannsstande, sie alle merken, daß andere Tage gekommen sind, daß es nicht nur in der Natur trübe und kalt geworden ist, sondern daß auch im wirtschaftlichen Leben sich Baum für Baum entblättert. Wenn auch der Arbeitgeber noch geboren werden soll, der einen Arbeiter aus Mitleid beschäftigt, so ist doch nicht zu verkennen, daß es noch einige, wenn auch seltene Exemplare von wohlwollenden Arbeitgebern giebt, die, so lange es ihnen nur möglich, Entlassungen vermeiden. Aber schließlich sind auch sie den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Zwange der Selbsterhaltung unterthan, zumal die Läger überfüllt und die Aufträge ausbleiben. Sie sind dann gezwungen, manchen langjährigen und braven Arbeiter zu entlassen, selbst in dem Bewußtsein, daß der Entlassene vergeblich an eine andere Thür klopfen wird, weil eben überall die Armee der Arbeitenden auf das Allerheerste eingeschränkt wird.

Die Arbeiter im Allgemeinen haben sich bereits derartig an diese Erscheinung gewöhnt, daß sie nichts Besonderes mehr dabei finden, sie betrachten dieselbe als in der Natur der Sache liegend. Im Grunde genommen kann man ihnen nicht Unrecht geben, die Arbeitslosigkeit werden wir nicht aus der Welt schaffen können. Arbeitslose wird es stets geben, heute mehr, morgen weniger und umgekehrt. Es ist dies der Faktor, mit dem wir stets zu rechnen haben. Auf Grund dessen ist es wohl an der Zeit, daß wir uns mit der Frage: Wer schützt uns während der Arbeitslosigkeit vor Noth und Verelendung? beschäftigen. Welche Männer, besonders die Herren Arbeitgeber, werden hier mit einer Antwort bei der Hand sein und sagen: „Schützt Euch selbst!“ Ihr müßt in

der guten Zeit sparen, damit Ihr in der schlechten was zum Zusehen habt. — Dieses Rezept ist nicht neu und kann nur von denen verschrieben werden, die sich noch nie mit der Lebensweise respektive Ernährungsweise des Arbeiters beschäftigt haben. Auch wird diese Weisheit gern von denen verzapft, die bei Rothspinn und Ausern sitzen, und in deren Haushalt Köchinnen engagirt sind, die wahre Künstlerinnen in der Herstellung leckerer Mahlzeiten sein müssen. Auf die guten Rathschläge der Zimmerjatten, die wir zur Genüge kennen, wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen, nur das eine sei betont, daß die Arbeiter für gewöhnlich nichts zum Zusehen haben, sie auch bei gutem Verdienst höchst selten in die Lage kommen, einen Rothgroschen zu sparen. Dem die moderne, gegen frühere wesentlich bessere Lebenshaltung, zu welcher auch sie das Recht haben, die Fürsorge um eine möglichst gute Ausbildung der Kinder, auf daß diese zu einer besseren sozialen Lage gelangen, die Steuerpflichten, die hohen Mieths- und Lebensmittelpreise und die nothwendigen Ausgaben im Interesse einer Partei oder Berufsgemeinnützigkeit, dies alles läßt ein Sparen im großen Stil nicht zu. Der Arbeiter lebt von der Hand in den Mund und wenn diese Hand nichts mehr verdient, kann sie folglich dem Munde nichts mehr zuführen. Mit anderen Worten: Er muß hungern!

Wer hat nun die Pflicht, die Arbeitslosen zu unterstützen? Ihre Familien vor Noth und Elend zu bewahren? Doch wohl nur der Staat oder die Kommunen! Beide Körperschaften wollen aber durchaus diese Verpflichtung nicht einsehen und doch ist dieselbe nicht mehr wie recht und billig. Wenn der Arbeiter benannten Körperschaften gegenüber seine Pflichten erfüllen muß und auch erfüllt, so müßte das von Rechtswegen auch umgekehrt der Fall sein.

Nun hat man sich allerdings schon in verschiedenen großen Städten mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt und sollen soweit als möglich sogenannte

„Nothstandsarbeiten“ sofort in Angriff genommen werden. Diese Einrichtung mag an und für sich ganz gut sein, reicht aber bei Weitem nicht aus, um allen in jeder Stadt vorhandenen Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Wer das zweifelhafte Glück hat, bei diesen Arbeiten beschäftigt zu werden, wird sich des Gefühls nicht erwehren können, daß hier nicht ein Werk der Nächstenliebe geschieht, sondern daß seine Nothlage ausgenützt wird, weniger vom Staat oder der Kommune, aber vom Unternehmer. Denn wie bekannt, werden solche Aufträge nur an den Mindestfordernden *) vergeben und dieser wiederum wird die allgemeine Arbeitslosigkeit zu seinem Vorteil ausnützen und die denkbar schlechtesten Löhne zahlen, in der sicheren Voraussetzung, daß ihm genügend Kräfte zur Verfügung stehen.

Die organisierten Gewerkschaften sind nach Kräften bemüht, ihre arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen, jedoch nur bis zu einer bestimmten Grenze. So wohlthunend diese Einrichtung für die Betroffenen auch sein mag, so wenig paßt sie in den Rahmen einer Gewerkschaftsorganisation und dann ist diese Art Unterstützung nur einseitig und systematisch, auch bildet sie nur das Mittel zum Zweck. Durch die Einführung der verschiedenen Unterstützungszweige haben die Arbeiterorganisationen ihr eigentliches Ziel aus den Augen verloren und sich zu Unterstützungsvereinen und Versicherungs-Anstalten ausgebildet, dadurch ihre Waffen aus der Hand gegeben, indem sie ihre Kräfte entkräftet und sind in Folge dessen, wenn sie zu einem eventuellen Lohnkampf gezwungen werden, ohne genügende Munition.

Nach dieser kleinen Abweichung vom eigentlichen Thema wollen wir uns wieder mit den Arbeitslosen beschäftigen. Wenn wirklich der organisierte Arbeiter in Folge seiner Zugehörigkeit zur Organisation von derselben unterstützt wird und somit wenigstens vor der äußersten Noth geschützt ist, von was leben aber die Unorganisierten? Hier wird man uns entgegenhalten: Die Unorganisierten müssen eben hungern! Warum sind sie nicht organisiert! Diese Antwort ist ohne Zweifel gerechtfertigt, aber auf die näheren Umstände einzugehen, gestattet augenblicklich der Raum hier nicht.

Die Aussicht zu hungern haben nicht nur die Unorganisierten, sondern auch die Organisierten, sofern sie die zur Unterstützungsberechtigung erforderliche Karenzzeit noch nicht abgewartet haben. Beide Kategorien von Arbeitslosen sind somit erbarmungslos mit ihren Familien dem Elend preisgegeben und fallen wohl oder übel der öffentlichen Armenpflege zur Last. Wir wollen hier nicht unerwähnt lassen, daß in manchen Städten die Armenpflege gut organisiert ist, aber es vergeht immerhin eine geraume Zeit, bis der Antragsteller eine Unterstützung erhält, weil erst allerdings sehr langwierige Erwägungen angestellt werden, um das absolute Bedürfnis nachzuweisen. Inzwischen kann der Arbeitslose mit seiner Familie schon hungernd und frierend auf der Straße liegen, denn zu der Arbeitslosigkeit gesellt sich sehr oft als traurige Begleiterscheinung die „Obdachlosigkeit“, die letzte Station vor dem Selbstmord!

Wie kommt der Arbeiter dazu, der mit seinem Fleiß und Schweiß den vorhandenen Reichtum hervorgebracht hat, auf die Brosamen, die von der Reichen Tische fallen, denn als solche kann man wohl mit Fug und Recht die Armenunterstützung nennen, angewiesen zu sein? Im Uebrigen stellt diese öffentliche Armen-Unterstützung kein Geschenk dar, sondern nur ein Darlehen und für dieses hat der Empfänger Zinsen zu zahlen, wenn auch nicht

*) Der Breslauer Magistrat hat am 1. Oktober d. J. die Terraintegrations- und Pfählerungsarbeiten bei den Schulbauten auf der Reichstauerstraße ausschreiben lassen. Es erschienen zu dem Bietertermin 6 Bieter, von denen der billigste 2829, der theuerste 6040 Mk. als Gesamtsumme für die zu leistenden Arbeiten forscherte. Die Differenz betrug also nicht weniger als 3211 Mk. Jedem der Bieter wurden gleichbindende Normen für die zu leistenden Arbeiten auferlegt. Dem Letzten ist ein so gewaltiger Unterschied unbegreiflich. Der Mindestfordernde erhielt den Zuschlag.

in klingender Münze, so doch durch Verlust verschiedener Rechte und vor allem Anderen den Ausschluß von der Theilnahme bei der Reichstagswahl, ein für den modernen Arbeiter gewiß beklagenswerther Verlust.

Nach allem hier angeführten wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Fürsorge für die Arbeitslosen eine sehr mangelhafte und fragliche ist und unbedingt der Reform so bald wie möglich bedarf und das ist nur auf staatlichem, resp. auf gesetzlichem Wege möglich.

Wenn man den Arbeiter gesetzlich gezwungen hat, sich gegen Krankheitsfälle, gegen Alter und Invalidität zu versichern, so wird derselbe gewiß nichts dagegen haben, wenn man ihn verpflichtet, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, d. h. gegen die Gefahren derselben. In erster Reihe müssen die Krankenkassen hierzu angehalten werden, diesen Unterstützungszweig in sich aufzunehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Beiträge in entsprechender Weise erhöht werden müßten. Ein zweiter Vorschlag wäre, besagte Unterstützung mit der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zu verschmelzen, da diesem Institut bedeutende Kapitalien zur Verfügung stehen und eine dauernde Existenzberechtigung hat. Dann müßte diese Institution naturgemäß ein Interesse daran haben, die Arbeitslosen-Unterstützung auf diese Weise zu bewerkstelligen, da erfahrungsgemäß Hunger und Entbehrung eine vorzeitige Invalidität zur Folge haben. Aber auch hier wäre eine Erhöhung der Beiträge von Seiten der Arbeitgeber und -Nehmer notwendig, die gewiß von beiden Theilen noch zu ertragen sein wird. Ist die Arbeitslosen-Unterstützung erst mal zum Gesetz erhoben, hat der Arbeiter nicht mehr notwendig um Almosen zu betteln, sondern nur von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch zu machen.

Die Einführung der Alters- und Invaliden-Versicherung haben die Arbeiter mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen, weil sie der Meinung waren, daß man ihnen unter dem Deckmantel der staatlichen Fürsorge eine indirekte Steuer auflegte, weil wohl jeder ein Arbeiter das hohe Alter von 70 Jahren erreicht. Man mag über diese Versicherungspflicht denken, wie man will, es wird sich nicht hinwegleugnen lassen, daß sich die Arbeiter an dieselbe gewöhnt und es bedauern würden, wenn man heute mit dieser Einrichtung brechen wollte. Diejenigen Arbeiter, die die Gefahr der Arbeitslosigkeit schon kennen gelernt haben und denen das Wohl ihrer Familie am Herzen liegt, werden die staatliche Arbeitslosen-Unterstützung in Gemeinschaft mit der Alters- und Invaliden-Versicherung gewiß mit Freuden begrüßen.

In Anbetracht der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es dringend geboten, daß die organisierten Gewerkschaften, insbesondere die Zentralvorstände zu dieser hochwichtigen Frage Stellung nehmen: 1. weil ihnen diesbezügliches Material in vorheriger Fälle zur Verfügung steht und 2. ein Interesse daran haben müssen, ihre Kräfte möglichst zu entlasten und die Gelder zu dem Zweck aufzusparen, zu welchem die Organisationen gegründet worden sind. Es wird den benannten Vorständen in Gemeinschaft mit einigen Vertretern der Arbeiterpartei möglich sein, einen Gesammtentwurf auszuarbeiten und denselben dem Reichstage vorzulegen. Die Abgeordneten aller Parteien werden dann denselben ihre Zustimmung nicht verweigern können, wenn sie nicht den Vorwurf auf sich laden wollen, Schuld zu sein an der vollständigen Verelendung des sogenannten vierten Standes, der Mehrheit des deutschen Volkes.

Wir sind überzeugt, daß wir mit diesem unserem Vorschlage selbst bei den Arbeitern auf Widerstand stoßen werden und sehen wir den Erwidrerungen anderer Gewerkschaftsblätter mit Interesse entgegen.

Abend, Breslau.

Ein lauberer Prinzipal.

Ist der Arbeitgeber Bernbeck aus der Ritterstr. 75. Derselbe hat es fertig bekommen, eine Arbeiterin nicht allein mit den ordinärsten Schimpfwörtern zu belegen, sondern dieselbe sogar in der brutalsten Weise zu mißhandeln.

Die Kollegin Emma T., welche bis zum vergangenen Dienstag in der im selben Hause befindlichen Druckerei Tassarotnie gearbeitet, nahm unter der Hand bei genanntem Prinzipal Kondition an. Durch eilige Arbeiten veranlaßt er die Arbeiterinnen zunächst über die erlaubte Zeit Ueberstunden zu machen, ohne die hierzu notwendige Erlaubniß nachzusuchen. Beim zufälligen Eintreffen der Polizei nöthigte er die Arbeiterinnen falsche Angaben zu machen. (Unseres Erachtens nach hat die Kollegin, indem sie dem Wunsch des Prinzipals Rechnung trug, ebenfalls nicht korrekt gehandelt. D. N.) Am andern Tage gerieth unsere Kollegin einer geringfügigen Sache wegen mit genanntem Arbeitgeber in heftigen Wortwechsel, wobei sie mit den gröblichsten Schimpfwörtern, die man einem wohlgezogenen sein wollenen Mann kaum zutrauen möchte, traktirt wurde. Auf höchste Empörung und beleidigt, verlangte die Kollegin ihre Bücher. Als sie dieselben unter abermaligen Schimpfwörtern, wie freches Frauenzimmer, freche Thöle usw. erhielt, erklärte die Kollegin, daß er doch wisse, wozu er sie veranlaßt habe und daß sie nach dieser Behandlung keine Rücksicht nehmen werde, der Polizei die Wahrheit mitzutheilen. Hierauf gerieth der laubere Patron nun in eine unbeschreibliche Wuth. Er packte die Kollegin in Zugen Gegenwart an die Brust und holte zum Schläge aus, dem die Kollegin glücklicher Weise ausweichen konnte. Mit roher Gewalt packte er das vor Schreck und Schmerz halb ohnmächtige Mädchen nochmals an beiden Armen und stieß und schüttelte dasselbe, bis dieser laubere Herr seine Wuth gefühlt hatte.

Giebt es Angestrichener solcher Kohheit einem wehrlosen Mädchen gegenüber überhaupt noch Worte? Nein! Nur das eine geht hieraus deutlich hervor: Gewalt geht vor Recht. Die Herren Arbeitgeber, mit wenigen Ausnahmen, sind die Herren im Hause und wehe dem Arbeiter oder der Arbeiterin, die da frei ihr Daupt erheben wollte, wenn sie keinen Schutz hinter sich haben, mit einem Justrii werden sie zur Ruhe gebracht.

Wir werden ja sehen, wie hoch diese Heldenthat vor Gericht eingeschätzt werden wird. Vorläufig befindet sich die Kollegin in ärztlicher Behandlung, die dem Herrn ja nicht angenehm sein dürfte, da er vergriffen hat, die gesetzliche Frist zur Anmeldung zur Krankentasse inne zu halten.

Korrespondenzen.

Berlin, Jahrbuch I. Bericht der Versammlung vom 13. November. Nachdem um 9 Uhr die Versammlung durch Kollegin Seydemann eröffnet und die Tagesordnung bekannt gegeben war, wurde das Protokoll vom 18. Oktober verlesen und ohne Wenderung angenommen. Kollegin Seydemann giebt nun dem Sachverhalt einer argen Streitigkeit bekannt, die in der Offizin von Waischid & Kantorowitj zwischen den Kolleginnen King und Borchardt und einem damals beschäftigten Maschinenmeister ausgebrochen war und sich dieser Angelegenheit unsere Kolleginnen gerade nicht im besten Licht erscheinen. Einige Kolleginnen sprachen ihre Mißbilligung darüber aus und gelangte folgende Resolution und zur Annahme: Die heutige Versammlung nimmt Veranlassung, das Betragen der Kolleginnen bei W. & K. einer scharfen Rüge zu unterziehen. — Bei Wisse mußte die bisherige Betriebsweise aufhören, weil sie nach Angabe des Maschinenmeisters nicht mehr arbeiten konnte, was uns natürlich sehr sonderbar erscheint, da die Kollegin schon über ein Jahr an derselben Maschine beschäftigt ist. Kollegin Seydemann versuchte, die Sache zu ordnen, doch fand sie keinerlei Unterstützung bei den Kolleginnen und konnte somit der Entlassung nicht entgegengetreten werden. Die Vorsitzende versuchte schon mehrmals, die in der Druckerei Löwenthal beschäftigten Kolleginnen zu einer gründlichen Aussprache in einer Druckereiversammlung heranzuziehen, doch wurde den Einladungen keine Folge geleistet und beantragte Kollegin Diesel, die Kolleginnen zu einer Vorhandlung zu laden und erst, wenn sie da auch nicht erschienen und ihre Rufe begleichen, den Ausschluß zu erklären. Zum zweiten Punkt unserer Tagesordnung verlies Kollegin Müller den Vierteljahrberichtsbericht, den Kollegin Siebig namens der Revisionskommission befragte, worauf die Versammlung der Kassirerin Dehage ertheilt. Bei Punkt 3 erörtert Kollegin Striepel die Anträge des Verbandsvorstandes zum Verbandstag und ist nach kurzer Debatte die Ver-

sammlung ohne Widerspruch damit einverstanden, daß der Titel unserer Zeitung nach Vorschlag des V. R. umgeändert wird: statt des Verbandsblattes statt Pfingstfest schon zu Ohiern stattfinden soll, wird der Zweckmäßigkeit halber ebenfalls einstimmig genehmigt, doch verhält sich die Versammlung ablehnend gegen die Resolution der Zählstelle II betreffend Prekominmission. Die Mitglieder sind der Meinung, daß die beiden Berliner Zählstellen nicht berechtigt sind, eine Prekominmission aus ihrer Mitte zu wählen, wenigstens nicht ohne Zustimmung des Verbandes und wünschen, daß die Prekominmission in ihrer jetzigen Gestalt bis zum Verbandstag ihres Amtes walte. Kollegin Seydemann macht nun noch die Kolleginnen darauf aufmerksam, daß der neu abgeklärte Text der Buchdrucker eine ziemliche Strömung veranlassen wird, die sich auch auf das Hilfspersonal erstrecken wird; die ausgeübene Ausnahmebestimmungen für Maschinenmeister könnte vielleicht für das Hilfspersonal eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten lassen und sollen die Mitglieder dem Vorstand die Firmen angeben, welche länger als 9 Std., bei durchgehender Arbeitszeit länger als 8 1/2 Stunden arbeiten lassen. Ferner wurden die Mitglieder ermahnt, ihre Beiträge nicht so lange aufstehen zu lassen, da sie sonst leicht ihrer Rechte verlustig gehen könnten und der Verwaltung vielfach unnötige Arbeit durch das Kopieren derselben, veranlassen, auch sollen die Mitglieder, welche verzo-gen sind, ihre richtigen Adressen im Nachweiss angeben. Kollegin Seydemann macht den Vorschlag, in der am Sonnabend, den 7. Dezember, mit Vortrag und gemütlichem Beisammensein stattfindenden Versammlung uns ein Referat über die Alters- und Invalidenversicherung halten zu lassen, da viele weibliche Mitglieder bei Verheiratung ihre Rechte an die Versicherung aus Unkenntnis aufgeben und um dem zu steuern, ein derartiger Vortrag sehr wünschenswert sei. Kollegin Thiede empfiehlt ebenfalls denselben auf Wärme und wird der Vorstand beauftragt, sich nach einem passenden Referenten umzusehen. Kollegin Thiede spricht ihr Wohlwollen aus, daß Zählstelle II einen Kollegen ausschließt, der in einer Truderei, in welcher gar keine Mitglieder arbeiten, Arbeit bekommen hat und noch einen anderen Kollegen dort untergebracht hat. In jeder Diskussion wird die Meinung vertreten, daß diese Maßnahmen einen Verstoß gegen das Verbandsstatut bedeuten und das Gesamtinteresse des Verbandes dadurch gefährdet werden und wurde folgende Resolution zur Zustimmung gebracht: „Zählstelle I nimmt Erklärung gegen die bisher getroffenen Maßnahmen der Zählstelle II gegen Arbeitslose, welche unter der Hand Arbeit bekommen, umso mehr, da der Arbeitsnachweis nicht im Stande ist, die Kollegen unterzubringen.“ — Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und nach Erledigung einer Angelegenheit, unter Verammlungstafel betreffend, war Schluss um 10 1/2 Uhr.

N. 4. Die Kolleginnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitsnachweis sich in der Beauftragte 19-20 befindet, im Restaurant zur „Neuen Post“ von Peter Simons. Alle Sendungen sind ebenfalls dorthin zu adressieren. Der Vorstand.

Bremen. Am 13. November, Abends 8 Uhr, tagte im Vereinshaus eine von der Zählstelle Bremen veranstaltete öffentliche Versammlung der Buch- und Stein-druckeri-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen Bremen mit der Tagesordnung: 1. „Ist es auch den Buch- und Stein-druckeri-, Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen möglich, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und wodurch?“ Referentin Frau Bosse. 2. Besprechung des Vortrags und Erledigung geleiteter Anträge. Nach zunächst vorgenommener Bureauwahl ertheilt der Vorsitzende der Referentin zu ihrem Vortrage das Wort. Rednerin sprach in schlichten, eindringlichen Worten, beklagend, daß es denjenigen, die für ein Besserverhalten der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse streben, durch die Gleichgültigkeit der eigenen nächsten Mitkollegen oft so unendlich schwer gemacht würde, in dieser Weise wirksam tätig zu sein und daß gerade dadurch, daß eine größere Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen taubend und abwartend beiseite stehen, sich oft sogar noch den organisierten Mitkollegen oder Kolleginnen feindselig gegenüberstellen, es dem kapitalistischen Unternehmertum in zahllosen Fällen möglich gemacht werde, nun an den für ihre Mitarbeiter sich Aufopfern, ihr Wohlgehen zu fühlen. Betschlag lassen sich, besonders die Arbeiterinnen, die doch vermittelst ihrer Arbeitskraft für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen müssen, durch Mütter oder Großmütter noch abhalten, im Verein mit ihren Kolleginnen für bessere Verhältnisse zu streben. Längst verschunden sei die sogenannte „gute alte Zeit“, in der sich die Wohlthat der Frauen und Mädchen fast nur auf das Hauswesen beschränkte, heute gehöre die weibliche Arbeitskraft in immer steigendem

*) Kollegin Thiede kann unseres Erachtens nach von dem wahren Sachverhalt der Angelegenheit, welche sie in der Versammlung angeknüpft hat, nicht recht unterrichtet sein, denn sonst wäre das Einbringen der im Bericht angeführten Resolution unmöglich gewesen. Unseres Erachtens nach wäre es im Interesse des gemeinschaftlichen Zusammenarbeitens überhaupt besser, dergleichen Sachen, wenn sie wirklich wie geschilbert vorliegen, an anderer Stelle denn in Versammlungen zu erledigen. (Die Red.)

Maße der Industrie und dem Erwerbaleben an. Rednerin giebt eine Reihe statistischer Zusammenstellungen, aus denen sich ergibt, daß nur ein Drittel aller verheirateten Arbeiterinnen nicht mit zu arbeiten brauche, während bei zwei Dritteln der Verdienst des Mannes nicht ausreichte, den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, hinzu komme noch, daß die niedrigen, häufig geradezu jammervollen Löhne der Arbeiterinnen für das Unternehmertum stets den erneuten Anreiz bilden, immer mehr Frauen und immer weniger Männer in Arbeit zu stellen: der Grundlag, gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung; nur dürfe Geltung haben. Mit Vorliebe stelle man Arbeiterinnen aus entlegenen Gegenden ein, weil deren Ansprüche an die Lebenshaltung noch bescheidener als die arbeitslosen hiesigen Verhältnisse es seien. Ebenso dränge jede Verbesserung der Maschinen, durch Verdrängung menschlicher Arbeitskraft, den Lohn. Die Gehebe, die den Arbeiter und die Arbeiterin in ihrem Arbeitsverhältnis schützten sollten, die Arbeiterkassengehebe, würden heute noch von dem Unternehmertum gemacht, danach ließe denn auch das winzige bismarck'sche Arbeitergesetz, auf alle mögliche Art jede der Unternehmer beschützende gesetzliche Bestimmungen zu umgehen. Das Verlangen der Arbeiterinnen, welche darin bestehen, eine höchstens achtstündige tägliche Arbeitszeit zu verlangen, außerdem müsse der ganze Sonnabendnachmittag der Arbeiterin gehören, damit diese nicht durch so lange Arbeitszeit ihre körperlichen Kräfte vor der Zeit zu vernichten brauche, so daß sie häufig schon im Alter von 30 Jahren alt und hinfallig seien und in gleicher Weise ihre Kinder verkümmern müßten; auch die Arbeiterin müsse lernen, Anspruch auf höhere geistige, künstlerische Lebensgenüsse zu erheben. An den Frauen ist Doppelt und Wozl verloren, werde oft in Hinblick auf das gleichgültige Verhalten derselben gegenüber den Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse gesagt, dieses sei aber nicht richtig, wenn es auch schwer habe, einer Arbeiterin den von ihr einzunehmenden Klassenstandpunkt klar zu machen, so gebe es doch zahlreiche Beweise dafür, daß, wenn das Klagengefühl derselben einmal erwacht ist, diese mit ebenso viel Ausdauer wie Männer für die Arbeiterklasse und ihre Organisation eintreten. Man werfe nur einen Blick auf die Berliner Frauenbewegung und speziell die Buch- und Stein-druckeri-Hilfsarbeiterinnen auf ihre Berliner Kolleginnen; auch hier in Bremen müsse eine ebenso große Regsamkeit unter den Arbeiterinnen Platz greifen, um die hier bestehende Organisation des Hilfspersonals der Buch- und Stein-druckerinnen inner größer und härter zu machen, der es dann auch möglich sein werde, mehr Verständnis für die Forderungen des Hilfspersonals, den Parasiten in den graphischen Gewerben, zu erzwingen. Lebhafter Beifall lobte der Rednerin für ihren mit Wärme gesprochenen Vortrag. Im Verlauf der Besprechung kann der Vorsitzende berichten, daß es der jungen Organisation trotz widriger Verhältnisse gelungen sei, Terrain zu erobern, in einzelnen Fällen kleine Lohnverbesserungen zu erreichen und Maßregeln, um die Arbeiter zu beglücken. Auf dessen Aufforderung an die anwesenden Mitgliedern, sich dem Verband anzuschließen, erklärten sich vierzehn Kolleginnen hierzu bereit. Zur Sprache kam dann noch ein ganz besonders symptomatischer Fall. In einer größeren hiesigen Truderei wurde den Hilfsarbeiterinnen von dem Obermaschinenmeister kategorisch angekündigt, vom nächsten Montag ab wird eine halbe Stunde länger gearbeitet, vielleicht hat man dabei an die durch die neue Tarifvereinbarung der Buchdrucker um eine halbe Stunde verkürzte tägliche Arbeitszeit der Maschinenmeister gedacht, es wäre ja so schön gewesen, aus den ermüdeten Knochen der Hilfsarbeiterinnen diese halbe Stunde mit Bucherjensen wieder herauszuschlagen. Die Vermutung, daß sich die Buchdruckerprinzipale aufsehen, daß ihnen durch die revidierte Tarifvereinbarung zugeflane Rechte, bei schwierigen Druckarbeiten die Maschinenmeister täglich eine Überstunde beschaffigen zu können, nun dahin auszunutzen suchen, dem Hilfspersonal eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen, liegt zu nahe, also Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aufgepaßt. Das Verhalten des betreffenden Obermaschinenmeisters hat auch den Anschein erweckt, als ob derselbe seinen Prinzipalvertreterstandpunkt dahin aufstellt, das Interesse des Hilfspersonals und damit im Zusammenhang das seiner eigenen Kollegen mit Frühen treten zu müssen. Mitleidenschaftlich ist dieser Ausblick der Hilfsarbeiterinnen gewekt worden, was zu den besten Hoffnungen berechtigt, nur so weiter zu, besser kann für unseren Verband nicht gearbeitet werden. Nach einem ermunternden Schlußwort der Referentin, in dem auf die Bedeutung der Arbeiterpresse, speziell für Bremen der Bremer Bürger-Zeitung hingewiesen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung vom 16. November. Tagesordnung: 1. Unser nächster Verbandstag. 2. Gewerbegerichtliches (Ref.: Kollege Jäger). 3. Bericht vom Gewerkschaftskongress. 4. Abrechnung vom Sommervergnügen. 5. Innere Vereinsangelegenheiten. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung erst um 8 1/2 Uhr, in der Erwartung, daß sich der schwache Besuch der Versammlung noch etwas bessern würde, was jedoch nicht eintraf. Kollege rügt die Pausigkeit und Interessenlosigkeit der Mitglieder, welche es nicht für nötig be-

finden, bei einer so wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung zu erscheinen, speziell seien die Mitglieder von Auer & Co. (Echo) und Dieblich & Co. (Fremdenblatt) sehr schwach vertreten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verteilte Kollege ein Schreiben des Verbandsvorstandes, worin um Zustimmung folgender Punkte ersucht wird: 1. Den nächsten Verbandstag Ostern 1902 abzuhalten; 2. Eine Resolution der Zählstelle II Berlin, betreffs Neuwahl der Prekominmission aus den Mitgliedern der beiden Berliner Zählstellen, zuzustimmen. 3. Den Titel unserer Zeitung in Buch- und Stein-druckeri-Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen umzuändern. In der nun folgenden Debatte sprach die Versammlung ihr Befremden über die jetzige Zusammenlegung der Prekominmission aus. Die drei angeregten Punkte wurden einstimmig genehmigt. Der zweite Punkt der Tagesordnung mußte der schwach besuchten Versammlung halber vertagt werden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung gaben die Kartellbegleitern, Kollege Krefe und Neben den Bericht von drei Kartellstützungen, auf deren Tagesordnung u. a. stand: Die Lage der Konfektionsarbeiter, Ankauf einer Bibliothek und die Arbeitsvermittlung in Hamburg, wo der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises näher getreten wurde. Die Abrechnung vom Sommervergnügen konnte nicht gegeben werden, da dieselbe von den Revistoren noch nicht genehmigt war. Unter dem fünften Punkt der Tagesordnung theilt der Obmann des Festkomitees, Günther Jr., mit, daß unser Festungskomitee am Sonnabend, den 15. Februar, im Lokale des Herrn Kommer, Zeughausmarkt, stattfindet, und Karten hierzu in der nächsten Versammlung zu haben sind. Ein Antrag Schlabig: Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine Karte zu nehmen, wurde einstimmig angenommen. Nachdem Kollege noch ein Ragwort an die Anwesenden gerichtet, ihre Mitarbeiter und Arbeiterinnen mehr auf den Besuch der Versammlungen zu verweisen, erfolgte Schluss um 11 Uhr.

Berlin, Jahrestag II (Hilfsarbeiter). Die dritte ordentliche Generalversammlung fand am 17. November in den „Arminenhallen“ mit folgender Tagesordnung statt: 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3. Statutenänderung. 4. Stellungnahme zu Anträgen des Verbandsvorstandes. 5. Vierteljahrsberichte. 6. Ausschluß der Reklamen. 7. Verschiedenes. Kollege Köhlich ersucht zunächst, den Punkt Vierteljahrsbericht als dritten Punkt zu legen, da die Kollegen an diesem Punkt wohl das größte Interesse haben. Diesem tritt Kollege Wahle entgegen, indem er meint, daß die Punkte drei und vier schon indertmal verlagt wurden; der Vorschlag wird hierauf abgelehnt. Hiernach wird das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und angenommen. Sodann wird mitgeteilt, daß sich die Kollegen Herr. Fried. R. Nieboch und R. Katarjadzky und die Kollegen H. und W. van Deuren, F. Glentz, K. Bied und Fr. Bachtin gesund gemeldet haben. Kollege Arthur Gleich ist als Runderlach zur Marine eingeschlagen. In der Angelegenheit Langosch hat Kollege Wahle am Schluss der vorigen Versammlung einen Brief übermittelt bekommen, in welchem der v. L. befannt gibt, daß er es überdrüssig ist, die Sache weiter zu verfolgen. Damit ist für die Organisation Schluss in dieser Sache. Der wichtigen Tagesordnung wegen macht Kollege Wahle besonders auf die General-Versammlung der Ortstrunkelklasse am 21. November aufmerksam und ersucht unsere Delegierten, vollständig zu erscheinen. In einer Angelegenheit der Falzerkollegen von U. & Co. betr. einen Kollegen J., der sich absolut weigert, der Organisation beizutreten, ist nach einem Bericht des Vertrauensmannes, den Kollegen freie Hand gelassen worden. Seitens des Kollegen W. Jabrowsky ist ein Antrag auf Renumeration zweier ehemaliger Vorstandsmitglieder eingelaufen. Diese Angelegenheit soll unter Verschiedenes auf Antrag Köhlich's verhandelt werden. Der Kollege U. ist an den Vorstand wegen Extraintervention herantreten, da seine Frau schon längere Zeit krank und derselbe diesbezüglich in seinen Verhältnissen sehr zurückgefallen ist. Nach längerer Diskussion, an der sich die Kollegen Köhlich, Wahle, Sebade und Gleich beteiligen und in der festgestellt wird, daß derartige Besuche immer von Fall zu Fall entschieden werden sollen, da sonst in jeder Versammlung derartige Besuche vorliegen, wird dieses Geschäft abgelehnt. Das Stützungsfest des Gesangsvereins „Solidarität“ findet am nächsten Sonntag, den 24. November, statt und werden die Kollegen ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Nach einer Pause von 15 Minuten werden elf Kollegen als neue Mitglieder vom Vorsitzenden willkommen geheissen, nachdem Kollege John gegen den Kollegen Franke gesprochen und Kollege Gleich den Kollegen Schanze auf das Ungehörige seiner Handlungsweise hingewiesen. Es folgt nun der schon zweimal verlagte Punkt Statutenänderung. Kollege Wahle stellt, daß wir endlich mit dieser irdigen Sache zu Ende kommen; denn schon seit sechs Wochen wartet der Bruder, daß er den fertiggestellten Satz drucken kann. Zum 2. 1. hatte Kollege Wittig die Abstimmung beantragt und ersucht den Paktus, daß die Renumeration des Monats in Buchdruckereien gearbeitet haben müssen, fallen zu lassen. Eine längere, theils erregte Diskussion entspinnt sich; die Kollegen Gleich, Jahn, Wahle, Stephan und Sebade erklären sich für diesen Paktus; die Kollegen Köhlich, Wittig und Dalpaz erklären sich

gegen und wird schließlich der § 1 mit diesem Passus mit 80 gegen 23 Stimmen angenommen. Kollege Wittig beantragt nun, daß jeder Neuzuziehende einen Lehrbrief bei seiner Aufnahme vorzulegen hat.* Dieser Antrag wird nach kurzer, sehr lebhaftestlicher Diskussion als geschäftsordnungswidrig abgelehnt. Zum § 2 betont Kollege Bentler, daß eine bestimmte Festsetzung über die Majorität gefordert werden müsse, er kann sich nicht denken, daß beispielsweise eine Beitragserhöhung mit einfacher Majorität angenommen sein könnte; hier müßte eine Urabstimmung vorgesehen sein. Kollege Bleich weist hierbei darauf hin, daß derartige Versammlungen immer mit Bekanntmachung der Tagesordnung einberufen wurden und hat jedes Mitglied die Pflicht, in einer derartigen Versammlung zu erscheinen. Ueber alle sonstigen Statutenänderungen gebe der § 10 Aufschluß. Es wird hiernach der § 2 gegen eine Stimme angenommen. Da sich die Versammlung bedeutend gelichtet, beantragt Kollege Bleich die Vertagung, gleichzeitig die Kollegen ermahnen, in nächster Versammlung pünktlich zu erscheinen und etwas mehr Ausdauer mitzubringen. Kollege Wähle schließt sich dem an, es sei bedauerlich, daß die Kollegen, wenn die Versammlung um 1 Uhr einberufen sei, so spätlich erscheinen, daß er gegen 2 Uhr erst eröffnen könne, dies müsse bei der nächsten Versammlung anders sein, erscheinen die Kollegen pünktlich, wird auch pünktlich eröffnet und wir brauchen dann einzelne Punkte nicht drei- bis viermal vertagen. Kollege Wähle schlägt vor, die nächste Versammlung am 2. Dezember abzuhalten. Nachdem Kollege Wittig sich dafür ausgesprochen, daß die Versammlung am Sonntag stattfinden soll, wird die Vertagung angenommen, die nächste Versammlung auf Montag, den 2. Dezember, festgesetzt und die heutige Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Jahressitzung um 1/6 Uhr geschlossen.

Rundschau.

In dem in Nr. 23 der „Solidarität“ enthaltenen Inserat des Gesangsvereins „Solidarität“ ist leider ein Irrtum unterlaufen, indem vergessen wurde, das Lokal, in welchem genannter Verein sein 8. Stiftungsfest begeht, anzugeben. Wir machen deshalb unsere Berliner Kollegen und Kolleginnen speziell auf das in dieser Nummer nochmals gebrachte Inserat aufmerksam und hoffen, daß trotz des kleinen Irrtums dem durch seine Leistungen in allen Kollegenkreisen bekannten Verein ein volles Haus beschieden sein möge.

Achtung! Vertreter und Vertreterinnen zur Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin! Heute, Sonntag, den 24. November, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, die Generalversammlung der obengenannten Kasse statt. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen muß es Ehrensache eines Jeden sein, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die in Anhang befindliche Aggregat-, Kunst- und Schweißmaschinenfabrik in Berlin, ist für 190 000 Mk. von einem Konsortium übernommen worden, dem der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Wagner und die Buchhändler Paul Baetel und Jos. Hilger angehören. Dieselbe soll nach Hoffen verlegt werden.

Gewerkschaft. Nachfolgende Verhandlung vor dem Gewerbegericht zu Dresden entnehmen wir der „Sächs. Arb.-Ztg.“ Schlechte Behandlung. Wegen grober Beleidigung durch den Prokuristen war die Druckereiarbeiterin Sommer ohne Kündigung von der Firma Jocher fortgegangen. Die Klägerin soll beim Weichen der Maschine eine Walze zerbrochen haben. Sie bestritt dies nicht, behauptet, es sei ohne ihr Verschulden passiert und hätte jedem anderen auch passieren können. Der Prokurist Thomas hat sie darauf ein hässliches Kamel, Schafstopp, Kraut, Kacke u. a. genannt. Als die Klägerin sich dies verbat, hat Thomas zu ihr gesagt: „Wenn Sie die Schnauze nicht halten, fliegen Sie raus.“ Thomas will nur die letzte Äußerung getan haben, die Schimpfereien bestrittet er. Eigentümlich ist hierbei das Verhalten der beiden Maschinenmesser, welche als Zeugen vernommen werden und die ebenfalls nur die letzte Äußerung des Prokuristen gehört haben wollen. Die Zeugen sind bereit, ihre Aussagen zu bekräftigen und hätten dieselben auch bekräftigen, wenn nicht Zweifel an denselben aufgetaucht wären. So kommt ein Vergleich zu stande und erhält die Klägerin 10,50 Mk., während sie 27 Mk. eingeklagt gefordert hatte.

Bei der Wahl der Arbeitsverwalter zum Reichsversicherungsamt siegte in den Abteilungen für die Gewerbe und Landwirtschaft die von unseren Gewerkschaften aufgestellte Liste der Kandidaten. In der Abteilung

* Dieser Antrag wurde nur gestellt, um die Mehrzahl der Berliner Kollegen, welche für den § 1 stimmten und welche der Meinung waren, sich dadurch zu „gerieren“ Arbeitern empot gegeben zu haben, auf ihre sozialpolitische „Einsicht und Weisheit“ hinzuweisen.

Die Redaktion.

für den Seemannsberuf blieben unsere Kandidaten leider in der Minorität.

„Verbrüderung deutscher Arbeiter“ nennt sich eine unternehmerische stehende „Arbeiter“-Organisation in Harburg. Drei dortige Arbeiter, welche durch lange Arbeitslosigkeit müde gemacht waren, ließen sich nach dem Harburger „Volksblatt“ als Mitglieder aufnehmen in der neuen Organisation, dadurch Arbeit zu erhalten. Sie bezahlten also jeder 50 Pfg. und waren so zu Mitbrüdern avanciert. Da wurde ihnen denn auch ein zusammengelegter Zettel, der durch Stempel versiegelt war, in die Hand gedrückt, mit dem man sie nach einer bekannten Harburger Fabrik schickte. Als sie dort dem Direktor den Zettel übergeben hatten, sagte er ihnen, daß keine Arbeit für sie vorhanden. Damit gab er ihnen kurzer Hand den nunmehr geöffneten Zettel wieder zurück. Dieser hatte folgendes Aussehen:

An die
J. H. des Herrn

Harburg.

Berechtigter Fabrikleitung gestattet sich die „Verbrüderung deutscher Arbeiter“ mitzutheilen, daß die nachstehend bezeichneten Mitglieder der „Verbrüderung“ arbeitslos sind. Unter Bezugnahme auf die Tendenz des Vereins bittet der unterzeichnete Vorstand, wenn möglich um baldige Ueinstellung dieser Mitglieder.

Der Vorstand.

J. H.: (gez.) Schmidt, Reesberg 108.

Vor- und Zuname	Wohnung	Alter	Beschäftigung	Bemerkung

Das Formular war entsprechend ausgefüllt. Die Druck-„Bemerkungen“ aber enthielt bei allen drei Arbeitern folgende Worte:

„Auf der Gummi-Fabrik gestreift.“

Welchen Zweck mag wohl diese schöne Bemerkung haben? Soll sie vielleicht bedeuten, daß die so der brüderlich-freundschaftlichen Liebe theilhaftig Gewordenen bei den Arbeitgebern in ein möglichst günstiges Licht gestellt werden, damit sie desto leichter Arbeit von ihnen erhalten? Gesetzt den Fall, diesen drei Leuten wäre der Zettel vom Fabrikdirektor nicht wieder ausgehändigt worden, sondern sie wären, ohne über seinen Inhalt orientirt zu sein, unverrichteter Sache zum Arbeitsnachweis der „Brüderschaft“ zurückgeführt, so hätte man ihnen dort gleich einen neuen Zettel mit derselben Bemerkung ausgefertigt und sie damit zu einem anderen Arbeitgeber geschickt, — natürlich mit demselben Erfolge. Und so weiter! Und das Resultat? Die drei Arbeiter wären von Fabrik zu Fabrik gelaufen, — um sich überall als Leute vorzustellen, die beim Gummi-Fabrik mit dabei-gewesen sind.

Wie diese „Brüderschaft“ sehen übrigens auch alle anderen „Brüderschaften“ zwischen Arbeitern und Unternehmern aus. Die Arbeiter werden dabei von ihren Brüdern, „den Unternehmern“, über die Ohren gehauen, wie einst Chan von seinem Bruder Jakob, was sie sich an einem konkreten Beispiel merken!

Literatur.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ bringt in ihren Zehn-Pennig-Heften 39-40 den ergreifenden Roman Lotis: „Die Islandfischer“ zum

Abschluß und beginnen mit dem Abdruck einer Novelle von Robert Schweick aus dem Arbeiterleben: „Geist und Recht“. In „Dies und Jenes“ begegnen wir eine Reihe von interessanten historischen Reminiscenzen über das Gottesgnadenthum der altpreussischen Könige und eines der letzten Felle veröffentlicht die Zuchricht eines katholischen Pfarrers in Wiesloch, der partout den lieben Herrgott retten will. Wir empfehlen diese billige und gute Unterhaltungsliteratur.

Rebattions-Brifkasten.

Kollege Karl Schröder, auf der Wanderschaft befindlich, wird gebeten, eine nähere Adresse anzugeben, da Brief für ihn bereit liegt.
Carl Wittig, Lausiger Platz 12.

Berlin, Bahnhofsstr. II (Hilfsarbeiter). Montag, den 2. Dezember 1901, Abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (Großer Saal): **Außerordentliche Generalversammlung.** Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung von der ordentlichen Generalversammlung vom 17. November.

Mitgliedsbuch legitimirt.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Jahressitzung Bremen. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 1. Dezember 1901, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Vereinsbause, Gartenstr. 21/22.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Sämmtliche Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck- Schnellpressen.

Sonntag, den 7. Dezember 1901, Abends 8 Uhr, **Ordentliche Vereinsversammlung**

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:

1. Mittheilungen. — 2. Vortrag des Genossen Mesker über: „Alters- und Invalidenversicherung.“ — 3. Diskussion. — 4. Verschiedenes.

Nach der Versammlung findet geselliges Beisammensein mit Tanz statt.
Alle Freunde und Bekannte sind hierzu eingeladen.

Der Arbeitsnachweis befindet sich vom 18. November in der Beuthstr. 19-21 bei Simonis, Restaurant zur „Neuen Woll“. Telephon Amt 1, 5870.
Der Vorstand.

Slomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit Essenbahn- und Wegkarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten geb. 1.20 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von 1.40 Mk. von G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Ladewig's Bierstuben

Kommandantenstr. 65.
Vorzügliches Weiss- und Baisisch-Bier
Vereinszimmer für 40 Personen.
Franz. Bilsdorf. Telephon.
Bahnhofsstr. der freien Volksbühne.

Gesangsverein „Solidarität“

(Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. — M. d. A. Z. V.)

Sonntag, den 24. November 1901 (Cottensontag);

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57

Großes Vokal- und Instrumental-Concert

zur Feier des 8. Stiftungsfestes

unter Leitung des Chorführers Herrn B. John und unter Mitwirkung der Volks-Symphoniker Herrn und Frau Lewandowsky.

Eröffnung 8 Uhr.

Programm 30 Pf.

Anfang 6 Uhr.

Nach dem Concert: Großer Ball. Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billets sind zu haben im Arbeitsnachweis, Holzmarktstr. 13, beim Kollegen und Sargesbruder Heinrich Jahn's und bei sämmtlichen Mitgliedern des Vereins.

Der Vorstand.